



## **Aktuelle politische Entwicklungen: Notfallplan für Griechenland – Stabilität für die Eurozone**

---

### **Hintergrund**

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ist an allen EU-Staaten nicht ohne Auswirkungen vorbeigegangen. Der Euro-Staat Griechenland leidet besonders unter der Krise, was jedoch auch auf die Misswirtschaft der griechischen Regierung zurückzuführen ist. Das Land sitzt auf einem riesigen Schuldenberg. Zum Jahresende 2009 waren die Schulden auf knapp 300 Milliarden Euro angewachsen. Bei einer Jahreswirtschaftsleistung von 266 Milliarden Euro entspricht das 113 % des BIP. Gleichzeitig beträgt das griechische Haushaltsdefizit ca. 12,9 % des Bruttoinlandsprodukts und ist damit mehr als viermal so hoch wie von der EU erlaubt. Wie hoch das endgültige Defizit Griechenlands ist, steht noch nicht fest. Man kann aber damit rechnen, dass es noch höher als bisher erwartet ist. Das Statistikamt der Europäischen Union „Eurostat“ wird die endgültigen Zahlen in den kommenden Wochen veröffentlichen.

Zwischenzeitlich ging die griechische Regierung mit einem ehrgeizigen Maßnahmenpaket auf Sparkurs. Durch Steuererhöhungen will die Regierung mehr Geld einnehmen. Gleichzeitig plant sie, die Ausgaben deutlich zu kürzen. So sieht der Beschluss vor, den Haupt-Mehrwertsteuersatz von 19 auf 21 Prozent anzuheben. Auf Alkohol, Tabak, Benzin und Luxusgüter werden künftig höhere Abgaben erhoben. Um die Ausgaben zu drosseln, werden alle Renten eingefroren. Weitere Einschnitte treffen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Somit soll das bestehende Defizit bereits dieses Jahr, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, um vier Prozentpunkte, auf 8,7 %, reduziert werden; bis Ende 2012 will das Land sein Haushaltsdefizit so unter die EU-Obergrenze von 3 % des BIP drücken. Diese Maßnahmen gehen in die richtige Richtung und sind unterstützenswert. Es zeichnet sich jedoch immer deutlicher ab, dass das Maßnahmenpaket nicht ausreicht, um den Schuldenberg abzubauen. Daher werden Finanzhilfen für Griechenland immer wahrscheinlicher.

Griechenlands Schuldenprobleme haben auch den Euro unter Druck gesetzt. Seit November verlor die Gemeinschaftswährung ungefähr 14 Cent, ist mit einem Kurs von 1,36 Dollar aber noch immer verhältnismäßig stark. An den Märkten wird befürchtet, dass Griechenland kein Einzelfall bleibt und auch andere Euro-Länder mit hohen Schulden wie Portugal oder Spanien in Schwierigkeiten geraten. Der deutschen Exportwirtschaft kommt ein niedrigerer Euro-Kurs jedoch zugute: Europäische Produkte werden so etwa im Dollar-Raum oder in China günstiger.

### **Notfallplan für Griechenland**

Anfangs waren die Staaten der Eurozone, wie auch die griechische Regierung, der Überzeugung, dass Griechenland keine Finanzhilfen brauchen wird. Trotzdem suchte die EU frühzeitig nach Möglichkeiten, Griechenland zu helfen, wenn es doch nötig werden sollte. Die klare Bedingung



Deutschlands war jedoch, keine Anreize für hohe Staatsschulden zu setzen oder die bestehenden europäischen Regeln zu verletzen. Zu Hilfen wäre man nur im Ultima-Ratio-Fall bereit.

Falls doch Staatshilfen notwendig sein sollten, stellt sich die Frage, wie die EU-Staaten Griechenland helfen könnten. Die Regelungen des EU-Vertrages sehen nicht vor, dass die Länder der Eurozone gegenseitig für ihre Staatsschulden einstehen, als mit Geld aushelfen. Die „No-Bail-Out“-Klausel hat zum Ziel, dass die Euroländer Haushaltsdisziplin waren und nicht auf die Unterstützung anderer spekulieren.

Im Rahmen des EU-Frühjahrgipfels in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs der Euroländer auf mögliche Milliardenhilfen für Griechenland geeinigt. Dabei stimmten sie dem deutsch-französischem Notfallplan für Griechenland zu. Das Ergebnis ist ein großer Erfolg für Bundeskanzlerin Angela Merkel, denn voreilige Geldzusagen an Griechenland wurden durch den Plan ausgeschlossen. Ein Eingreifen ist nur als letztes Mittel – als sogenannter Ultima-Ratio-Fall – wenn die Stabilität des Euro in Gefahr ist, vorgesehen. Merkel hat sich für hohe Hürden für die Hilfen eingesetzt, denn die Eurozone darf nicht darunter leiden, dass Griechenland in den letzten Jahren schlecht gewirtschaftet hat. Finanzhilfen werden nur gewährt, wenn Griechenland sich nicht mehr selbstständig über die Märkte finanzieren kann.

Der Notfallplan sieht sowohl eine Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) als auch Kredite einzelner Eurostaaten vor. Wenn alle 16 Länder der Eurozone entscheiden, dass man handeln muss, kann der IWF eingeschaltet werden. Die IWF-Kredite müssen dann von Krediten der anderen Euroländer ergänzt werden. Die 15 Euro-Staaten würden bilaterale Darlehen an das 16. Euro-Land Griechenland gewähren.

Auch die Details eines möglichen Hilfspakets haben die Finanzminister der Euro-Staaten schon festgelegt. Demnach wurden Griechenland Kredite von bis zu 30 Milliarden Euro der EU-Staaten zu einem Zinssatz von etwa fünf Prozent in Aussicht gestellt. Vom IWF kämen zusätzliche Mittel.

Obwohl Griechenland noch immer keinen Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt hat, werden Finanzhilfen für das Land an der Ägäis immer wahrscheinlicher. Seit Anfang dieser Woche verhandelt Athen mit einer Delegation des IWF, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank über die Details der Finanzierung. So dass der Notfallplan, wenn notwendig, rasch in Gang gesetzt werden kann.

Der Notfallplan dient dazu, am Markt wieder Vertrauen herzustellen. Das Ziel sei zu erreichen, dass Griechenland die Hilfen nicht braucht. Tatsächlich wurde das Notfallpaket am Devisenmarkt positiv aufgenommen – allerdings nur kurzfristig: Die EU-Gemeinschaftswährung legte gegenüber dem Dollar zu. Gleichzeitig sanken Risikoaufschläge für griechische Staatsanleihen. Durch den Notfallplan ging das Kalkül der Bundesregierung auf, denn das Hilfspaket hat das Vertrauen der Finanzmärkte gestärkt und auch die Anleihen anderer finanzschwacher Euroländer, wie Spanien oder Portugal, gestützt. Anfang dieser Woche fielen die Kurse griechischer Staatsanleihen, die Renditen dagegen stiegen wieder.



## **Konsequenzen**

### **Für Deutschland**

Deutschland würde Griechenland als größtes EU-Land mit 8,4 Milliarden Euro unterstützen, was einem Anteil von etwa 28 % der Notkredite entspricht. Dies ergibt sich aus dem Anteil der Euroländer am Kapital der Europäischen Zentralbank (EZB). Dieser wiederum spiegelt den Anteil der Bevölkerung und des Bruttoinlandsprodukts der jeweiligen Mitgliedstaaten wieder. Daneben müsste sich Deutschland auch an den Krediten des IWF beteiligen. An zweiter Stelle hinter Deutschland läge Frankreich mit 6,3 Milliarden Euro.

Obwohl der Anteil der Bundesregierung an den Finanzhilfen relativ hoch ist, sollen die deutschen Finanzhilfen keine Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und den Steuerzahler haben. Bundesfinanzminister Schäuble will die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beauftragen, Kredite an die griechische Regierung zu geben. Damit ist er vom Vorhaben, griechische Staatsanleihen zu kaufen, abgerückt. Für die Kredite der KfW wird der Bund bürgen. Daher ist das Risiko für den Steuerzahler sehr überschaubar.

### **Für die Europäische Union**

Bilaterale Kredite, wie sie der Notfallplan für Griechenland unter anderem vorsieht, sind aus europäischer Perspektive zwar nicht unbedingt wünschenswert, doch muss die Stabilität der Gemeinschaftswährung und der Eurozone gesichert werden. Das muss höchste Priorität haben. Zudem sehen die Bestimmungen des Notfallplans vor, dass dieser nur im Ultima-Ratio-Fall zur Anwendung kommt.

## **Ständiger Krisenmechanismus**

Das langfristige Ziel muss jedoch nach wie vor sein, dass die Euroländer es aus eigener Kraft schaffen, die Konvergenzkriterien einzuhalten – ohne jegliche Finanzhilfen. Für die Zukunft muss das heißen: Der Stabilitätspakt muss strikter angewendet werden, um Situationen wie die Griechenlands zu verhindern.

Zu diesem Schluss ist auch die Europäische Kommission gekommen und hat Konsequenzen aus der Krise Griechenlands gezogen. Der EU-Währungskommissar Olli Rehn kündigte letzte Woche eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, wie ihn auch die Bundesregierung fordert, sowie eine stärkere Überwachung der nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitik an.

Die angekündigten Vorschläge zur Überwachung der nationalen Haushalte der EU-Mitgliedstaaten bereits vor deren Verabschiedung dürfen jedoch kein Schnellschuss werden. Insbesondere das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente müsse gewahrt bleiben. Es ist richtig, dass die Überwachung der nationalen Haushalte zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verbessert wird. Die EU-Kommission muss genau kontrollieren, darf dabei aber das



Haushaltsrecht der nationalen Parlamente nicht aushebeln. Stattdessen müssen insbesondere die Überprüfung der von den Mitgliedstaaten gelieferten Zahlen verbessert werden.

Die Kommission möchte zudem einen gemeinsamen Rettungsfonds einrichten. Wenn einem Land der Bankrott droht, soll ein „permanentes Hilfsinstrument“ der anderen Euroländer den verschuldeten Staat retten. Der EU-Kommissar Olli Rehn beschreibt den Fonds als allerletzten Ausweg, der überdies so unattraktiv sein soll, dass niemand gerne darauf zurückgreifen werde. Weiterhin soll der Notfallfonds ohne eine erneute Änderung der EU-Verträge eingeführt werden, denn sonst wäre zum einen eine rasche Umsetzung nicht möglich, denn eine abermalige Vertragsreform wäre in den Mitgliedstaaten nur schwer durchzusetzen.

Am 12. Mai 2010 wird die Kommission einen konkreten Vorschlag zu den Plänen präsentieren.